

12. Juli 2010

EINGEGANGEN



Hartmut Koschyk
Parlamentarischer Staatssekretär

POSTANSCHRIFT Bundesrinnensteuern der Finanzen, 11016Berlin

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
und haushaltspolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE.
Frau Dr. Gesine Löttsch MdB
Platz der Republik
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

Ta +49(0)3018 682-4245

FAX ->49 (0)30 18 6824 4 04

E-MAIL Hartmut.Koschyk@bmf.bund.de

DATUM 8. Juli 2010

BETREFF **Ihre schriftliche Frage Nr. 369 für den Monat Juni 2010**

GZ IA 2 - Vw 7200/10/10001
DOK 2010/0536955

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Frage,

„Was hindert die Bundesregierung daran, eine Bonussteuer, wie sie in Großbritannien bereits existiert, auch in Deutschland einzuführen?“,

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung hält die isolierte Einführung einer Sondersteuer auf Bonuszahlungen, wie sie in Großbritannien und Frankreich umgesetzt wurde, für nicht Ziel führend. International tätige Finanzinstitute hatten angekündigt, die Zahllast für diese Steuern auf Filialen in anderen Sitzländern zu verteilen. Eine Sondersteuer, die direkt bei den Bonusempfängern ansetzt, kann zudem in Deutschland nicht umgesetzt werden, weil die deutsche Einkommensbesteuerung innerhalb der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit generell nicht nach der Herkunft der Einkünfte differenziert.

Das Europäische Parlament hat am 7. Juli 2010 Regelungen für Bonuszahlungen verabschiedet, die von der Bundesregierung mitgetragen werden. Die Regelungen sind aufsichtsrechtlicher Natur und sollen dafür sorgen, dass in allen EU-Ländern die Auszahlung von Sondervergütungen bei Banken strengeren Regeln unterliegt. Insbesondere soll die Auszahlung über

s«¹⁰² einen längeren Zeitraum gestreckt werden und keine aufsichtsrechtlich bedenkliche Schmälerung der Eigenkapitalausstattung der Banken bewirken. Auf diese Weise soll der langfristige Geschäftserfolg wieder in den Vordergrund rücken, da hohe Bonuszahlungen auch für kurzfristige Gewinne als eine der Mitursachen der Finanzkrise gelten. Die vom Europäischen Parlament verabschiedeten Regelungen zur Reform der Eigenkapitalrichtlinie müssen noch in nationales Recht umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a small initial 'n' followed by a larger, stylized name that appears to be 'Kühn'.